

Dr. h.c. Charlotte Knobloch

Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern
Ehemals Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland
Beauftragte für Holocaust-Gedenken des World Jewish Congress



Israelitische
Kultusgemeinde
München
und Oberbayern

*Feierstunde der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Tag der Deutschen Einheit
Thema: „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“
Bonn, 3. Oktober 2021*

– Es gilt das gesprochene Wort –

[Anrede]

Ich danke Ihnen für Ihre Worte, die wie immer gut gewählt und auf den Punkt genau waren. Sie haben uns damit noch einmal daran erinnert, welchen Verlust der Bundestag damals mit Ihrem Abgang zu verkraften hatte!

Gleich zu Beginn möchte ich außerdem der Konrad-Adenauer-Stiftung und Ihnen, sehr geehrter Herr Prof. Lammert, persönlich aufrichtig für die Einladung am heutigen Tag danken, die ich sehr gerne angenommen habe.

An diesem – im wahrsten Sinne des Wortes – Feiertag unserer Nation sprechen zu können, das ist für mich nicht alltäglich. Umso mehr noch an diesem historischen Ort, der für mich wie für viele andere, die die sogenannte „alte“ Bundesrepublik miterlebt haben, ein ganz besonderer ist – ein Ort voller Erinnerungen.

Ich denke dabei natürlich auch an die Stunden des 9. November 1989, als die Nachricht vom Mauerfall hier das Plenum erreichte und die Abgeordneten spontan die Nationalhymne anstimmten.

Wohl niemand, der diese Bilder gesehen hat, kann sie jemals wieder vergessen.

Auch und gerade an diesem Datum. Die berühmte Frage – „Wo warst du, als es passierte?“ – kann ich deshalb auch sehr bestimmt beantworten: Ich habe an diesem Tag an einer Gedenkveranstaltung zum 51. Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938 teilgenommen – die frohe Kunde aus Berlin kam bei mir daher erst später an. Die Gleichzeitigkeit des 9. November ist bis heute nur schwer zu fassen – und bleibt eine besondere Note der jüdisch-deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Eine Geschichte, der jüdische wie nichtjüdische Deutsche sich weiterhin nur mit Mühe wirklich nähern können.

Sie deshalb in einen angemessenen Kontext zu bringen und mit allem nötigen Selbstbewusstsein, aber auch eingedenk des Zivilisationsbruches Holocaust fortzuschreiben, zählt zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Gegenwart – besonders jetzt, vor dem Hintergrund der Feierlichkeiten zu 1700 Jahren jüdischer Geschichte in Deutschland. Dieses Jubiläum prägt das ganze Jahr 2021 und, ausweislich des Titels, auch die heutige Veranstaltung.

Sie alle hier wissen, wie vielfältig diese unvorstellbar lange Geschichte war und noch ist: Jüdisches Leben in Deutschland gibt es länger als Deutschland selbst. Es reichte von römischen Siedlungen über das Alte Reich bis hin zur Nationalstaatsbildung – und zum Holocaust. Es durchlief Aufbau und Blüte, Vertreibung und Neuaufbau, den fast völligen Untergang und eine neuerliche Belebung in unserer Zeit.

Das alles ist schon für Historiker schwer zu fassen. Wer als Laie die deutsch-jüdische Gegenwart in Deutschland verstehen will, von dem kann daher niemand erwarten, dass er sich in die Fülle von fast zwei Jahrtausenden gemeinsamer Entwicklung einarbeitet. Wer verstehen will, wo wir heute stehen, der richtet seinen Blick zurecht vor allem auf die vergangenen drei Jahrzehnte. Was sich seit der Wiedervereinigung in unserem Land getan hat, hatte zu den Lebzeiten der meisten heute lebenden Bürger die größten Auswirkungen auf die jüdische Gemeinschaft Deutschlands.

Mit mir spricht allerdings eine Ausnahme von dieser Regel zu Ihnen. Wenn ich von diesem Gebäude und der Stadt Bonn als historischen Orten spreche, dann auch, weil mir als Überlebender des millionenfachen Mordens der Nationalsozialisten zu jeder Zeit nach 1945 vollauf bewusst war, welches Glück es bedeutete, in einem freien, sicheren und demokratischen Land zu leben. „Bonn“ war für mich und für viele andere lange Zeit mehr Symbol als Stadt. Es stand für den erfolgreichen zweiten Anlauf der Demokratie in Deutschland, und keine Institution stand für diesen Erfolg wie der Bundestag. Wie dieses Haus!

Ich muss dabei zugeben: Ganz stimmt es nicht, wenn ich sage, dass mir mein Glück „zu jeder Zeit“ bewusst gewesen sei. In den Anfangsjahren des neuen Staates hätte ich eher nicht von „Glück“ gesprochen, wenn es um das Leben in diesem Land ging. Diese Bewusstseinsfindung brauchte Zeit.

Wie viele andere jüdische Menschen hatte zu Beginn auch ich zunächst keinen Zweifel daran, dass im sogenannten „Land der Mörder“ eine jüdische Zukunft unmöglich war – und unmöglich sein musste. Es gab für sie schlicht keine Grundlage: Nicht historisch, nicht wirtschaftlich und ganz bestimmt nicht moralisch. Mehr noch: Nicht einmal demographisch stimmten die Voraussetzungen.

Die hunderttausenden jüdischen Menschen, die es Ende der Vierzigerjahre in alle vier Besatzungszonen verschlagen hatte, waren schließlich keine heimkehrenden Patrioten gewesen, sondern stammten überwiegend aus den Ländern Osteuropas. In Deutschland lebten sie in den Westzonen unter der offiziellen Bezeichnung *Displaced Persons*, das heißt, als Menschen, die in ihre alte Heimat nicht mehr zurück konnten oder zurück wollten. Keinem von ihnen – und ich meine das ganz wörtlich: keinem einzigen – wäre es damals in den Sinn gekommen, von sich als „deutschen Juden“ zu sprechen. Viel eher brachte der Name des 1950 gegründeten Zentralrats die verbreitete Selbstsicht der DPs zum Ausdruck: Sie waren „Juden in Deutschland“. Und das, so der deutliche Unterton, nicht freiwillig.

Die jüdischen Gemeinden der jungen Bundesrepublik waren deshalb voller Menschen, die ihren Aufenthalt in diesem Land als un-vermeidlichen Zwischenstopp auf dem Weg zu weniger finsternen Gestaden verstanden; als vorübergehend in Kauf zu nehmenden Miss-Stand, dem schleunigst abgeholfen werden musste. Die damaligen Gemeinden waren ein Ort am Nicht-Ort, eine Gemeinschaft im Wartestand. Auch mein g'ttseliger Mann und ich blieben in Deutschland nur der Kinder wegen, und auch – das war uns wichtig! – nur vorübergehend. Die meisten anderen setzten ihre Auswanderungspläne in die Tat um.

Trotzdem: Genau wie die Staatsgründung vom Mai 1949 entwickelten sich unsere Familie und die ganze jüdische Gemeinschaft schließlich zu einem dauerhaften Provisorium in diesem Land. Und auch, wenn der 9. November ein seltsames Datum für den geschichtlichen Umbruch bleibt, war es doch ein passender historischer Zufall, dass beide festgefahrene Provisorien in den Jahren 1989/90 in einen tragfähigen Dauerzustand überführt wurden. Und zwar: Gemeinsam. Denn das eine – eine jüdisch-deutsche Gemeinschaft, die hier ihre Heimat gefunden hat – wäre ohne das andere – die Wiedervereinigung – nicht denkbar gewesen.

Bekanntermaßen ist der Prozess des Zusammenwachsens bis heute nicht abgeschlossen. Wer das vergisst, den werden Faktoren wie bestehende Einkommens- und Wohlstandsgefälle, aber auch die Wahlergebnisse immer wieder unsanft daran erinnern. Auch der vergangene Sonntag war für mich in dieser Hinsicht äußerst ernüchternd.

Aber: Die Gesamtgesellschaft hat für diese Probleme seit vielen Jahren einen geschärften Blick. Ost-West-Themen werden diskutiert, die entsprechenden Debatten finden zuverlässig ihr Publikum.

Anders verhält es sich mit den tektonischen Verschiebungen in der jüdischen Gemeinschaft nach 1990, die nur punktuell das Interesse der Öffentlichkeit fanden und finden. Ich bin deshalb dankbar, dass ich hier, gleichsam als Ergänzung zu den Jahresberichten zum Stand der Einheit, an prominenter Stelle einen Bericht zum Stand der jüdischen Wiedervereinigung geben kann.

Dieser Prozess begann auch auf jüdischer Seite zunächst mit Sorgen und mit Unsicherheit. Er kam schließlich zu einem Zeitpunkt, da die jüdische Gemeinschaft in diesem Land sich zum ersten Mal seit 1945 mit der Tatsache arrangiert hatte, dass sie die jüdische Gemeinschaft in diesem Land war – und just in diesem Moment folgte erneut ein epochaler Umbruch, der nicht nur gute Erinnerungen auslöste.

Ich darf das, vor dem Hintergrund aller Erfolge der vergangenen 31 Jahre, hier so offen aussprechen, weil es die Wahrheit war: Nur 44 Jahre nach Kriegsende waren noch sehr viele jüdische Menschen am Leben, die die Zeit vor der deutschen Teilung erlebt – und sie alles andere als in guter Erinnerung hatten. Auch die verbliebenen Reste der alten deutsch-jüdischen Gemeinschaft, die es vor allem in Israel und Nordamerika noch gab, blickten zu Beginn eher mit Skepsis auf die Entwicklungen in der alten Heimat.

Vor dem Hintergrund ihrer Lebensgeschichten verbanden sie mit der Idee einer deutschen Zentralregierung in einer Hauptstadt Berlin nicht wie wir heute Selfies in der Glaskuppel des Bundestages oder fröhliche Einheitsfeiern mit Festwochen der Demokratie – sondern Hetzreden in der Reichskanzlei und wehende Hakenkreuzbanner vor dem Brandenburger Tor. Eine offene Deutsche Frage war ihnen lieber als eine, die auf die falsche Weise gelöst würde.

Verehrte Anwesende,

dass wir heute zu dieser Feier zusammenkommen können, unterstreicht noch einmal, wie unbegründet die damaligen Sorgen G'tt sei Dank waren. Wir können heute feiern, weil die politisch Verantwortlichen 1989/90 den Fallstricken ausgewichen sind und unter großem Druck in fast allen Belangen die richtigen Antworten gegeben haben. Wir sind heute hier, weil die damalige Bundesregierung unter dem unvergessenen, g'ttseiligen Helmut Kohl die Weichen klug stellte und weil die Vollendung der Einheit in freier Selbstbestimmung nicht das Vierte Reich mit sich brachte.

Auch unter diesen Vorzeichen aber bedeuteten die folgenden Jahre für die jüdischen Gemeinden einen Umbruch im Umbruch, der wie erwähnt im öffentlichen Bewusstsein bis heute kaum verankert ist. Dieser Umbruch bestand aus zwei zentralen Herausforderungen: Erstens der Integration der vielen tausend Zuwanderer, die in den folgenden Jahren vor allem aus den Ländern der Sowjetunion kamen. Und zweitens, weniger bekannt, der Wiederaufnahme jüdischer Traditionslinien auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

In der nichtjüdischen Öffentlichkeit fiel beides, soweit überhaupt wahrgenommen, vielfach ineins. Natürlich gab es zwischen beiden Feldern auch funktionale Überschneidungen – aber die Eröffnung einer Synagoge bei uns in München 2006 bedeutete doch etwas anderes als die Eröffnung der Synagoge in Dresden 2001 – und diese Unterschiede sind bis heute ebenso wenig verschwunden wie die im Renten- und Einkommensniveau.

Die Bestandsaufnahme, der Erhalt und, wo immer möglich, die Reaktivierung jüdischen Kulturerbes in den neuen Bundesländern war gerade vor dem Hintergrund der parallel einsetzenden Zuwanderung eine Herkules-Aufgabe. Der große Ignaz Bubis seligen Angedenkens hatte das von Anfang an verstanden – seit seinem Amtsantritt als an der Spitze des Zentralrats 1992 wollte er als „Präsident zum Anfassen“ Judentum wieder sichtbar machen, und zwar ausdrücklich im ganzen Land. Das war aller Ehren wert!

Auch ihm war dabei allerdings bewusst, dass ein direktes Anknüpfen an den *Status quo ante* von vor 1933 an den meisten Orten in Ostdeutschland nicht möglich sein würde. Dafür waren die Brüche und die politischen und ökonomischen Versäumnisse der DDR-Zeit schlicht zu groß, wie schon die Demographie am Vorabend der Wiedervereinigung offenlegte: Während in der Bundesrepublik 1990 etwa 29.000 jüdische Menschen lebten, sind entsprechende Schätzwerte für die DDR höchstens dreistellig – und der Löwenanteil dieser kleinen Gruppe entfiel obendrein auf Ost-Berlin. Jüdische Infrastruktur gab es praktisch nicht, und die plumpen Versuche der SED in den Achtzigerjahren, sich an internationale jüdische Organisationen anzubiedern, änderten daran nichts. Teils Jahrhunderte alte jüdische Traditionslinien rissen in der DDR faktisch komplett ab. Diese vergessene Tragödie der Teilung wiegt noch umso schwerer, als es sich bei diesen verlorenen Gemeinden teilweise um bedeutende geistige und gesellschaftliche Zentren des jüdischen Lebens in Deutschland gehandelt hatte.

Gemeinden wie Frankfurt (Oder), Magdeburg, Halberstadt oder Leipzig hatten immer wieder große rabbinische Autoritäten hervorgebracht und Impulse für die jüdische Gemeinschaft im ganzen deutschsprachigen Raum gegeben. Wie dort war jüdisches Leben vor 1933 selbst an Orten präsent gewesen, die heute kaum noch jemand damit in Verbindung bringen würde. Synagogen bestanden im ländlichen Anhalt; jüdische Friedhöfe in der Börde. Es gab jüdische Kurheime im Thüringer Wald und zionistisch orientierte Jugendlager in Mecklenburg und in der Lausitz.

Wie radikal jüdische Geschichten endeten, kann man bis heute mit kundigem Blick vor Ort ermessen. Ein bedrückendes Beispiel aus dem schon erwähnten Halberstadt soll hierfür genügen: Die Stadt an der Ostflanke des Harzes, die jahrhundertlang eine angesehene jüdische Gemeinde besessen hatte und bis heute nicht weniger als drei jüdische Friedhöfe beherbergt, war durch die Nationalsozialisten von der jüdischen Landkarte gleichsam ausradiert worden. Rückkehrer gab es hier nach 1945 kaum, eine Neugründung der Gemeinde unterblieb. Nachdem in Halberstadt zunächst die jüdische Kultur verschwunden war, verschwand mit ihr wie fast überall in der DDR in den folgenden Jahrzehnten auch das Bewusstsein für den Verlust; kaum jemand verstand noch, dass überhaupt etwas fehlte. Friedhöfe wurden kaum gepflegt, jüdische Kulturdenkmäler nicht als solche wertgeschätzt. Alles Religiöse galt im offiziell atheistischen und übrigens auch aggressiv anti-zionistischen „Arbeiter- und Bauernstaat“ schließlich als suspekt.

Als Ende der Achtzigerjahre einer der gefürchteten Flächenabrisse verfallene Fachwerkreihen in der Altstadt beseitigen sollte, begannen die Arbeiten dafür nicht etwa an den Fachwerkhäusern selbst – sondern am gut erhaltenen steinernen Palais des ehemaligen jüdischen Hoffaktors und Mäzens Berend Lehmann. Wenige Jahre vor der Wende verschwand das prägende Gebäude nach drei Jahrhunderten für immer aus dem Stadtbild. Nur ein erhaltenes Portal steht heute am ehemaligen Standort: Ein symbolischer Durchgang, der nirgendwohin führt.

Dieses Beispiel kann andeuten, wie tief die kulturellen Gräben und Leerstellen waren, die es nach der Wiedervereinigung zu verfüllen galt. Allen Beteiligten war von Anfang an klar, dass es sich dabei um eine Generationenaufgabe handelte, und selbst drei Jahrzehnte haben dafür bislang nicht ausgereicht.

Der jüdische „Aufbau Ost“ bleibt auch deshalb mühsam, weil die wieder bestehenden Gemeinden überwiegend sehr klein und ihre Leistungsfähigkeit daher begrenzt ist. Sie teilen damit eine längst gesamtdeutsche Herausforderung für das Gemeindeleben, denn die Mitgliederzahlen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland gehen seit einem Höhepunkt im Jahr 2005 kontinuierlich zurück.

Die Klagen über die jüdische Demographie sind im letzten Jahrzehnt deswegen wieder lauter geworden – aber sie sind, gemessen an der Zeit vor 1990, buchstäblich Klagen auf hohem Niveau. Denn viele Gemeinden in Ost und West würde es heute nicht oder nicht mehr geben – hätten nicht Bundeskanzler Kohl und der damalige Präsident des Zentralrats Heinz Galinski im Windschatten der Wiedervereinigung tausenden Juden aus der Sowjetunion eine Perspektive für die Einwanderung ins vereinte Deutschland ermöglicht. Ohne sie wäre die jüdische Gemeinschaft heute nur mehr eine Fußnote der Gesellschaft: Klein, überaltert – und unbedeutend.

Aber auch, wenn die numerische Verstärkung wichtig war, glauben Sie mir, wenn ich sage: Zahlen sind das Eine. Der Zuwachs an Leben, an Energie, an Zukunft für die jüdischen Gemeinden dagegen ist bis heute kaum zu ermessen. Mit der Zuwanderung erhielten viele Gemeinden wieder eine jüdische Jugend, derer sie zuvor über Jahrzehnte verlustig gegangen waren.

Dieser Teil der jüdischen Wiedervereinigung ist, trotz kleiner Reibungen, insgesamt ein beispielloser Erfolg, der viele Väter hatte. Die jüdischen Gemeinden, der Zentralrat und ganz besonders auch staatliche Stellen wirkten zusammen darauf hin, dass die Neuankömmlinge in ihrer neuen Heimat ein Dach über dem Kopf und die Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben erhielten.

Auch in München sind mir aus dieser wilden Zeit noch viele abenteuerliche Erinnerungen geblieben: Von ganzen Familien, vier Generationen von Urgroßeltern bis zum Säugling, die mit Sack und Pack, wortwörtlich mit Hund und Katze bei uns vor der Tür standen. Lange Schlangen von Hilfe-Suchenden wanden sich durch unser damals noch sehr bescheidenes Gemeindezentrum, das auch als Folge dieser Erfahrungen in den 2000er-Jahren durch den heutigen Neubau ersetzt wurde. Eine Gemeinde, die überwiegend aus den Neuzuwanderern der Nachkriegsjahre, ihren Kindern und Enkeln bestanden hatte, stand nun vor der Aufgabe, eine Zahl an neu angekommenen Menschen zu integrieren, die ihre eigene um das Doppelte überstieg. Wie uns erging es den Verantwortlichen auch in Berlin, Frankfurt am Main und anderswo. Dass wir all das bewältigen konnten, empfinde ich bis heute als ein Wunder. Es erforderte rigorose, unermüdliche Arbeit, aufmerksames Zuhören – zunächst noch mit Dolmetscher – und viel, viel Geduld.

Nichts davon wäre möglich gewesen ohne die anhaltende, umfassende und zukommende Hilfe aller staatlichen Ebenen – allen voran der damaligen Bundesregierung, die diesen aufreibenden Prozess auch finanziell großzügig unterstützte.

Erlauben Sie mir daher bei aller Neutralität dieses politische Urteil: Das Geld, das damals in die Aufnahme der sogenannten „Kontingentflüchtlinge“ floss, zählt für mich zu den besten Investitionen der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Es ermöglichte den älteren Neuankömmlingen einen Lebensabend frei von Angst und Not in Deutschland. Es bereitete den mittleren Jahrgängen den Weg zu einem beruflichen Neuanfang, den viele trotz aller Hindernisse erfolgreich bewältigten.

Und ganz besonders – und für mich am wichtigsten: Es eröffnete den Allerjüngsten eine Perspektive für eine Zukunft als jüdische Menschen – hier, in Deutschland.

Schließlich kann man Synagogen und Gemeindezentren bauen, so viel man will, aber Stein allein kann jüdische Gemeinschaft nicht stiften. Das viel zitierte jüdische Leben muss über lange Zeit aufgebaut, gehegt und gefördert werden. Für die jungen Generationen genau diese Perspektive geschaffen zu haben, ist aus meiner Sicht das größte Verdienst aller Beteiligten in den vergangenen drei Jahrzehnten. Hierbei schließe ich die aktuelle Bundeskanzlerin, deren Abschied aus der Politik ich unverändert zutiefst bedauere, ausdrücklich ein.

Die Erfolge sind für jedermann sichtbar: Viele, die als Kleinkinder ins Land kamen, studieren heute Medizin; wer sich zunächst noch ohne Deutschkenntnisse im Kindergarten zurechtzufinden hatte, praktiziert heute womöglich schon als Anwalt. Jüdische Kinder, die nichts über dieses Land wussten, vertreten seine Bürger heute in Parlamenten. Worauf, wenn nicht auf solche Erfolgsgeschichten, können und wollen wir in Deutschland stolz sein?

Sie können sich nicht vorstellen, wie all das auf mich gewirkt hat. Auf mich, die ich dieses Land als Heimat erlebt und verloren hatte. Die ich nach der Befreiung mit Deutschland nichts zu tun haben wollte – und die ich doch erleben konnte, wie dieses Land seinen Weg zurück zu mir fand. Den Weg zurück zur jüdischen Gemeinschaft. Zurück zu Respekt, zu Miteinander. Das war nicht einfach – aber es war alle Mühen wert.

Verehrte Anwesende,

nichts würde mich glücklicher machen, als meine Ausführungen an dieser Stelle zu beenden. Mit einer jüdischen Gemeinschaft, die im vereinigten Deutschland ihren Platz gefunden hat und, noch wichtiger: Ihre Heimat. Mit einem jüdischen Leben, das auf dem Weg zu einer Art von Normalität ist.

Leider geben die Umstände diesen versöhnlichen Schluss aber nicht her. Im Gegenteil sind wir von Normalität heute sogar weiter entfernt als noch vor ein paar Jahren; Jahrzehnte an Fortschritten sind zuletzt binnen kurzer Zeit zunichte gemacht worden. Die Stimmung in der jüdischen Gemeinschaft, die in den Neunziger- und frühen 2000er-Jahren von tatkräftigem Optimismus getragen war, hat im zurückliegenden Jahrzehnt einer umfassenden Unsicherheit Platz gemacht.

In brandneuen Gemeindezentren wachsen heute wieder die Sorgen um eine jüdische Zukunft, und in wunderschönen Synagogen versuchen die Beter vor allem, die Probleme ihrer Gemeinschaft auszublenden. Diese Probleme werden oft mit dem vagen Ausdruck eines „wachsenden Antisemitismus“ bezeichnet, aber für mich ist das zu ungenau: Ich spreche nur noch von offenem Judenhass. Die Sorgen der jüdischen Menschen sind sehr konkret, und beinahe jedes Mitglied einer jüdischen Gemeinde kann die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit aufzählen, an denen sie sich festmachen lassen:

An der Schächt- und Beschneidungsdebatte. An den antisemitischen Demonstrationen des Jahres 2014. Am Anschlag von Halle. An Beleidigungen, Drohungen und Schlägen, an Spuck- und Prügelattacken. An der Atmosphäre der Angst, die Kippot unter Basecaps verschwinden lässt. An einem islamistischen Extremismus, der in Deutschland viel zu lange jede Freiheit hatte. An einem wieder erstarkten Rechtsextremismus; mithin auch an den erschreckenden Wahlerfolgen der AfD.

Und: Am Trommelfeuer der fast täglichen Meldungen über antijüdische Vorfälle, die die Menschen teils selbst erleben und teils aus Zeitungen, dem Bekanntenkreis oder im Internet mitbekommen. Wie ernst die Lage sich darstellt, wird vielen bewusst, wenn Freunde und Verwandte im Ausland sich besorgt erkundigen, ob sie denn hier in Deutschland noch sicher seien. Die Antwort lautet dann in den meisten Fällen ja – bislang. Aber gerade die Jüngeren – die, von denen die jüdische Zukunft in Deutschland abhängt! – sind verunsichert und halten sich ganz bewusst alle Optionen offen. Ich selbst werde in Interviews immer wieder gefragt, was ich tun würde, wenn ich heute ein junger jüdischer Mensch in Deutschland wäre. Auf diese Frage gibt es keine gute Antwort. Auch ich würde in dieser Situation vermutlich darauf achten, wo ich meine jüdische Zukunft sehe – und ganz besonders die meiner Kinder.

Diese Einsicht schmerzt. Sie schmerzt mich als jüdische Deutsche; als Überlebende des nationalsozialistischen Wahns; als Vertreterin der jüdischen Gemeinschaft in diesem Land. Sie muss aber auch die nichtjüdische Gesellschaft schmerzen, denn wo jüdische Menschen ihre Sicherheit in Gefahr sehen, da liegt etwas sehr grundsätzlich im Argen. „Die Bundesrepublik Deutschland ist nur vollkommen bei sich, wenn Juden sich hier vollkommen zu Hause fühlen“ – das sagte der Bundespräsident zuletzt noch einmal im Frühjahr anlässlich einer Veranstaltung zum Festjahr 1700 Jahre jüdischen

Lebens. Deutschland, das schwingt in diesen Worten mit, ist ein besonderes jüdisches Heimatland, und es wird das immer bleiben. Deutschland, das sind Moses Mendelssohn und Albert Einstein, es sind jüdische Aufklärung und Reformjudentum. Aber Deutschland ist auch das Land des Judenmordes, von Göring, Himmler und Hitler. Daraus erwächst für niemanden, der dieses Land heute gestaltet, eine Schuld. Das sage ich hier noch einmal ganz deutlich. Aber: Unser Land trägt sehr wohl eine besondere Verantwortung für jüdisches Leben, die es in anderen Ländern so nicht gibt. Wenn Synagogen zu Anschlagzielen werden, ist das für jede Gesellschaft eine Katastrophe. Aber ganz besonders für uns in Deutschland.

Der Bundespräsident hat daher recht mit seinen Worten: Unser Land ist noch nicht bei sich, weil jüdisches Leben heute wieder bedroht ist.

Ich selbst habe im Januar im Bundestag in Berlin davon gesprochen, dass ich eine stolze Deutsche bin – und selten habe ich auf eine Aussage hin derart viele Reaktionen erhalten wie auf diese. Ich stehe zu diesen Worten. Ich liebe dieses Land, und ich bleibe felsenfest davon überzeugt, dass es eine positive Identifikation junger Menschen mit ihrer Heimat braucht. Jüdisch oder nichtjüdisch spielt dabei keine Rolle.

Was ich beschreibe, ist ein Idealzustand, der noch längst nicht erreicht ist. Der 18-jährige jüdische Kölner, der im August auf offener Straße zusammengeschlagen wurde, wird meinen Worten vermutlich ebenso wenig zustimmen wie Uwe Dziuballa, dessen Chemnitzer Restaurant 2018 von Rechtsextremen angegriffen wurde. Trotzdem: Die Verpflichtung bleibt.

Verehrte Anwesende,

was zur Zeit der Teilung undenkbar war, ist heute Realität: Eine jüdische Gemeinschaft, die in Deutschland zuhause sein will. Das ist ein historisches Glück, erreicht durch politisches Geschick. Auch im Lichte dieses Glückes soll und muss unser Land erblühen. Dafür ist noch viel zu tun: Im Großen bei der jüdischen Sicherheit, aber auch in scheinbaren Details wie der schändlicherweise noch immer nicht erfolgten Anpassung der Renten jüdischer Zuwanderer. Es ist wie immer in der Politik: Baustellen gibt es genug.

Und dennoch: Der Blick zurück auf 31 Jahre Deutsche Einheit ist auch der Blick auf ein jüdisches Wiederfinden – ein Wiederaufleben des Judentums in Deutschland. Wie an jedem 3. Oktober können wir auch heute und auch in diesem Kontext sagen: Wir haben zusammen Unglaubliches geleistet. Wir sind gemeinsam einen großen Teil des Weges gegangen, von dem wir lange nie zu hoffen gewagt hätten, dass wir ihn gehen könnten.

Der Mauerfall und die Wiedervereinigung haben gezeigt, dass Normalitäten sich ändern können, manchmal ganz unverhofft. Auch die heutige Normalität jüdischen Lebens, das nicht ohne Panzerglas und Sicherheitsschleusen auskommt, kann und muss sich ändern. Ich vertraue auf dieses Land, dass vielleicht nicht ich – aber sehr wohl die Generation meiner Kinder, meiner Enkel und Urenkel noch erleben, wie jüdische Deutsche nicht nur die Einheit in Freiheit, sondern auch Sicherheit in Normalität genießen können. Dann kann uns gelingen – weil es muss.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

G'tt schütze unser Land.